

P R E S S E M I T T E I L U N G

Von Vollzeitarbeit muss man leben können

CGM fordert Einhaltung des Lohnabstandsgebots

Stuttgart, 09.09.2011. Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) ist schockiert von den neuesten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, wonach 22,7 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland im Niedriglohnsektor arbeiten. „Dass fast jeder vierte Arbeitnehmer weniger als 1800 Euro brutto im Monat verdient, ist völlig inakzeptabel“, moniert der CGM-Bundesvorsitzende Adalbert Ewen.

„Arbeit muss sich lohnen. Wir brauchen ein Lohnabstandsgebot, das vom Arbeitnehmer her gedacht wird“, fordert Ewen. Seit Einführung der Hartz-Gesetze habe sich die Politik zunehmend vom Lohnabstandsgebot verabschiedet. Mittlerweile arbeiten rund 4,6 Millionen Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnsektor. „Immer mehr Arbeitnehmer müssen sich ihren Verdienst vom Staat aufstocken lassen. Damit subventioniert der Staat indirekt die Unternehmen, die dann zum Teil aber satte Gewinne einfahren“, so Ewen weiter. Die Subvention von niedrigen Löhnen kosten den Staat mittlerweile fast zehn Milliarden Euro im Jahr. „Wenn wir weiter so machen, hält das unser Sozialsystem nicht mehr lange aus“, ist sich der CGM-Bundesvorsitzende sicher.

Wie das Lohnabstandsgebot wieder hergestellt werden kann, werde eine der Fragen auf dem anstehenden Bundesgewerkschaftstag am 28. und 29. Oktober in Hannover sein, mit der sich die CGM zu befassen hat. Unter anderem seien mehrere Anträge zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes gestellt worden, über die sicherlich intensiv diskutiert werde. Außerdem fordere die CGM nach wie vor die Einführung eines „Runden Tisch Arbeit“ unter Federführung von Arbeitsministerin von der Leyen, der sich auch mit diesem Thema beschäftigt. Beteiligt werden sollen Politik, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Sozialverbände, um gemeinsam eine sachgerechte Lösung zu finden. „Fakt ist, dass es sich für viele Arbeitnehmer bereits heute kaum noch lohnt, arbeiten zu gehen. Dies kann aber nicht im Interesse unserer Gesellschaft sein. Wir müssen dringend darüber diskutieren, welchen Wert Arbeit hat“, so die Forderung Ewens.